



EVANGELISCHE
LANDESKIRCHE
IN WÜRTTEMBERG
Amt für Information

Augustenstraße 124
70197 Stuttgart
Telefon (07 11) 2 22 76-58

Pressemitteilung

Donnerstag, 21. März 2002

Deutschland braucht Zuwanderungsgesetz

Der württembergische Landesbischof Gerhard Maier fordert klare Regelungen

Stuttgart. „Die Bundesrepublik Deutschland braucht möglichst bald ein Zuwanderungsgesetz.“ Das fordert der Bischof der Evangelischen Landeskirche Württemberg. Nur mit klaren Regelungen könne die deutsche Gesellschaft „ihrer humanitären Verantwortung gerecht werden.“ Es sei schon seit Jahrzehnten eindeutig, dass Deutschland zum Einwanderungsland geworden sei, nun müsse die Politik endlich die Rahmenbedingungen schaffen, um das „Zusammenleben von Deutschen und Zuwanderern zu verbessern und die Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger zu fördern.“ Dabei dürften die Familien der Zuwanderer durch dieses Gesetz nicht auseinander gerissen werden, meint Gerhard Maier. Die biblische Überlieferung hebe die besondere Bedeutung der Familie als Keimzelle allen gesellschaftlichen Lebens deutlich hervor.

Selbstverständlich müsse der Schutz von Opfern von Verfolgung sowie von Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen erhalten bleiben. Es sei ein Grundwert einer humanen, solidarischen und sich ihrer christlichen Tradition bewussten Völkergemeinschaft, den Menschen, die an Leib und Leben gefährdet sind, einen Schutzraum zu bieten. Die biblische Tradition, dem Fremden einen besonderen Schutz zu gewähren, verpflichte alle Christen in der Gesellschaft. Schon seit Jahren fordern die Kirchen, Menschen mit Abschiebeschutz eine eigenständige Lebensperspektive zu geben, die ihnen Integrationschancen in die Gesellschaft eröffnet.

Die Gesellschaft müsse den Zuwanderern die Chance eröffnen, in der Bundesrepublik heimisch zu werden, erklärt der Bischof. Dafür sei das Erlangen der Sprache konstitutiv, aber: „Integration ist mehr als das Erlernen der Sprache!“ Daneben sollten die schulischen, beruflichen und gesellschaftlichen Möglichkeiten zur Integration ausgebaut werden. Auch den Kirchengemeinden komme dabei eine wichtige Rolle zu. Sie müssten noch stärker als bisher auf Neuzuwanderer zugehen, sie mit ihren Fremdheitserfahrungen ernst nehmen sowie gesellschaftliche, kulturelle und behördliche Zugangsbarrieren überwinden helfen. Die Kirchen hätten dafür eine jahrzehntelange ökumenische Erfahrung und soziale Kompetenz. Friedensstiftend könnten sie sich dort einbringen, wo die Politik positive Rahmenbedingungen setzt.

Der württembergische Landesbischof Gerhard Maier wies ausdrücklich darauf hin, dass die württembergische Landessynode schon 1994 die Politik aufgefordert habe, ein Zuwanderungsgesetz zu machen. Nur mit einem solchen Gesetz könne der Staat den gesellschaftlichen Realitäten gerecht werden.

Christof Vetter